



Die Guten ins Töpfchen

Die Migrations- und Entwicklungspolitik der EU fördert einzig die Mobilität der Elite des globalen Südens und verfolgt dabei vor allem ihre eigenen Ziele. Von Holger Harms

Migration heißt immer auch Entwicklung, so die Europäische Union. Vorbei sind die Zeiten, in denen die Mobilität von Menschen des globalen Südens hier nur als Problem wahrgenommen wurde und mit allen Mitteln unterbunden werden musste. Denn entsprechend gesteuert könne Migration, so meint die EU, erhebliche Vorteile für Herkunfts- als auch Aufnahmeländer sowie natürlich für die Migrierenden selbst bedeuten. In dieser Konstellation profitiert die EU von den dringend benötigten Arbeitskräften und die „peripheren“¹ Herkunftsstaaten von den Rücküberweisungen der im Ausland arbeitenden Staatsangehörigen. Und natürlich könnten die Migrierenden durch ihren Aufenthalt in der „entwickelten“ Welt Kenntnisse, Fähigkeiten und Kontakte erwerben, die sie nach ihrer Rückkehr zu ihrem und zum Vorteil ihrer Angehörigen nutzen. Soweit die Vorstellung der EU zu einer entwicklungsfördernden Migrationssteuerung.

Brain gain statt brain drain

Die von der EU betriebene, zusehends verzahnte Migrations- und Entwicklungspolitik sieht jedoch anders aus. So entwirft die Europäische Kommission unter dem Titel „Konsolidierung des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage: Für mehr Koordinierung, Kohärenz und Synergie“ (2008) ihre Vorstellung einer kohärenten Politik in den Bereichen Migration und Entwicklung: Die sogenannte legale Migration soll gefördert, die sogenannte irreguläre bekämpft und das Zusammenspiel von Migration und Entwicklung begünstigt werden. Dabei will die EU die euphemistisch als „Partnerländer“ bezeichneten Staaten des Südens bei den Bemühungen unterstützen „ihre Kapazitäten zur Steuerung der legalen Migration auszubauen“. Ist im Gesamtansatz zunächst noch allgemein von der Förderung der Mobilität die Rede, so zeigt sich in der Umsetzung der Politik, wessen Mobilität genau gemeint ist. Explizit nennt die EU Forschende, Studierende, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Fachkräfte – die Elite also. Visaerleichterungen, Anerkennung von Studienabschlüssen, Übertragbarkeit von Pensions- und Sozialversicherungsansprüchen sowie weitere unterstützende Maßnahmen sollen diese Gruppen für einen temporären Aufenthalt in der EU begeistern. Die behauptete zeitliche Begrenzung des Aufenthalts ist dabei wichtig für die Legitimation des Gesamtansatzes. Um nicht zur desaströsen Fachkräfteabwanderung im Süden beizu-

tragen, hat die EU dafür das Konzept der zirkulären Migration erdacht: Arbeitskräfte arbeiten oder forschen für eine vorher festgelegte Zeit in der EU, unterstützen schon während ihres Aufenthalts durch Rücküberweisungen ihre Angehörigen und dadurch indirekt auch ihre Herkunftsländer. Nach ihrer Rückkehr kommen ihre Kenntnisse und Kontakte schließlich der Entwicklung ihrer Länder zugute. Der durch die Fachkräfteabwanderung verursachte *brain drain* würde so zu einem *brain gain*.

Dabei blendet diese Vorstellung einer Wissensvermittlung aus der „entwickelten“ in die „zu entwickelnde“ Welt nicht nur die von der westlichen Hemisphäre verursachten Krisen aus und stellt den westlichen Entwicklungsweg als „natürliches“ Endziel einer jedweden Entwicklung dar. Die Idee des *brain gain* macht zudem die koloniale Kontinuität der unions-europäischen Entwicklungszusammenarbeit deutlich. Selbst wenn man diese Betrachtungen unberücksichtigt lässt, ist doch die Wahrscheinlichkeit einer (freiwilligen) Rückkehr nach Beendigung von Forschung oder Beschäftigungsverhältnis eher gering. Legal migrierte Fachkräfte mit gesicherter qualifizierter Anstellung kehren nur in den seltensten Fällen zurück. Die Aussichten auf eine vergleichbare Arbeitsstelle und auch die Anwendbarkeit der erworbenen Kenntnisse sind oft nicht gegeben.

Wettbewerb um die klügsten Köpfe

Ob die EU mit ihren Anreizen für die Elite des Südens die Fachkräfteabwanderung aus der kapitalistischen Peripherie tatsächlich verringern will, ist mehr als fraglich. Die Durchlässigkeit der EU-Grenzen für die Elite zu erhöhen, ist vielmehr Ausdruck des weltweit stattfindenden Wettbewerbs um die klügsten Köpfe. Die USA etwa pflegen schon lange einen präferentiellen Umgang mit Hochqualifizierten, wobei Qualifikation nicht selten mit einem überdurchschnittlich hohen Einkommen gleichgesetzt wird. Aber auch andere kapitalistische Zentren und nicht zuletzt die aufsteigenden Ökonomien China und Indien buhlen um die globale Elite und diese rekrutiert sich zusehends nicht mehr nur aus den westlichen Staaten. Durch den verschärften Wettbewerb sind nun auch Hochqualifizierte aus anderen Teilen der Welt schwer umkämpft. Und auch wenn sich die Politik noch lange mit Slogans wie „Kinder statt Inder“, so beispielsweise Jürgen Rüttgers als damaliger Ministerprä-

Die Förderung der Mobilität der Elite der Peripherie ist nicht als entwicklungspolitische Maßnahme zu verstehen, sondern als wohlfeiles Eigeninteresse der EU.

¹ Der Begriff Peripherie bezeichnet hier lediglich die periphere Stellung im globalen Kapitalismus und nicht ein Defizit nicht-westlicher Regionen.



Die zugrunde liegende Argumentation läuft darauf hinaus, dass es für den größten Teil der Menschen besser sei, einfach zu bleiben wo sie sind.

sident von Nordrhein-Westfalens, gegen diese Entwicklung zu wehren versuchte, ist auch die EU längst abhängig von der Zuwanderung vor allem von Hochqualifizierten. Die Förderung der Mobilität der Elite der Peripherie ist vor diesem Hintergrund also nicht als entwicklungspolitische Maßnahme zu verstehen, sondern als wohlfeiles Eigeninteresse der EU. Im Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl (2008) fordert der Rat zudem,

„die Attraktivität der Europäischen Union für hochqualifizierte Arbeitnehmer zu erhöhen“. Die Zuwanderung richtet sich dabei nach dem Bedarf der Europäischen Union. Das Entstehen einer lokalen Elite in den Herkunftsländern wird so oft unmöglich gemacht, was nicht nur in ökonomischer Hinsicht ein Problem ist, sondern auch Gesundheitssystem, Bildungswesen und Verwaltung des globalen Südens immens belastet. Und wo es in Europa unzählige wissenschaftliche Publikationen gibt, die sich mit der „Peripherie“ befassen, fehlt eben dort nicht nur das Geld für die Forschung, sondern auch die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Entwicklungszusammenarbeit als Migrationssteuerung

Die Förderung der legalen Migration, die vor allem die Elite anspricht und den Nutzen der Aufnahmeländer verfolgt, ist für die EU immer auch ein Grund, um gleichzeitig die irreguläre Migration einzudämmen. Nicht konsequent gegen die „Illegalen“ vorzugehen würde die Bemühungen der EU für mehr Mobilität nach ihrer Lesart konterkarieren. So dienen denn die Programme zur legalen Migration zur Legitimation der umso härter durchzusetzenden Abwehr gegen die ungewollte Zuwanderung. Über die Möglichkeiten, vor allem aber über die Grenzen der legalen Zuwanderung will die EU mittlerweile bereits vor Ort in den Herkunfts- und Transitländern besser informieren. Das CIGEM², ein in der Folge des „Gesamtansatzes“ entwickeltes Pilotprojekt der EU in der malischen Hauptstadt Bamako ist exemplarisch für die Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit für die Belange der Migrationskontrolle. Ursprünglich als Stelle für die Arbeitsvermittlung von malischen Arbeitssuchenden in die EU konzipiert, wandelte sich das Hauptanliegen der Einrichtung schnell: Der malischen Gesellschaft wird dort nun ein neues Problembewusstsein vermittelt und die bisher positiv konnotierte Migration als Bedrohung dargestellt. Ausreisewilligen Personen werden Gefahren und Risiken der

Migration und eines illegalisierten Aufenthalts verdeutlicht. Die zugrunde liegende Argumentation läuft darauf hinaus, dass es für den größten Teil der Menschen besser sei, einfach zu bleiben wo sie sind. Nur in der EU benötigte Fachkräfte werden willkommen geheißen. Für die meisten Migrierenden, also Nicht-Hochqualifizierte oder nicht benötigte Hochqualifizierte, wirkt die Migrationspolitik der EU jedoch immer restriktiver.

Rückübernahmeabkommen mit den Herkunftsländern, welche die Rücknahme von in der EU aufgegriffenen Staatsbürgern garantieren, werden so zu einer entwicklungspolitischen Notwendigkeit, helfen sie doch aus Sicht der EU der Fachkräfteabwanderung entgegenzuwirken und die Glaubwürdigkeit der unioneuropäischen Bemühungen zur legalen Migration zu erhöhen. Und wirklich abstrus wird es, wenn die Grenzschutzagentur Frontex als Verbündete der Peripherie im Kampf gegen den *brain drain* erscheint.

Die Grenze zur EU ist also durchaus nicht undurchlässig. Die entwicklungspolitisch begründeten Maßnahmen der EU fördern jedoch einzig die Mobilität einer Elite und schließen den größten Teil der Migrierenden aus oder versuchen dies zumindest. Ziel dabei ist die effektive Steuerung der Migration, welche der EU in der globalen Konkurrenz um die klügsten Köpfe eine vorteilhafte Position verschaffen soll, und nicht eine selbstbestimmte Entwicklung des Südens.<

² CIGEM steht für *Centre d'Information et de Gestion des Migrations (Zentrum für Information und Migrationsmanagement)*.

Holger Harms *studierte Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik und engagiert sich im Café Exil in Hamburg.*